Deutscher Bundestag **Drucksache 16/837**
16. Wahlperiode 08. 03. 2006

Antrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Kai Boris Gehring, Krista Sager, Rainder Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr Mobilität und Austausch durch ein integriertes EU-Bildungsrahmenprogramm

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der europäische Einigungsprozess ist eine Erfolgsgeschichte, die Frieden und Wohlstand schaffte und den Bürgerinnen und Bürgern neue Chancen der persönlichen und beruflichen Entwicklung eröffnete. Gleichwohl muss festgestellt werden, dass in einigen Mitgliedstaaten die Zustimmung zur Europäischen Union in den letzten Jahren merklich zurückgegangen ist. Ein Grund für diese skeptische Haltung ist, dass die Europäische Union als wenig greifbar, bürokratisch und bürgerfern wahrgenommen wird – als ein Gebilde also, das mit der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen wenig zu tun hat. Hier können individuelle Förderung durch EU-Programme und grenzüberschreitende Lebenserfahrungen ein überzeugendes Gegengewicht setzen. Deswegen sind sowohl die Förderung von Mobilität durch den grenzüberschreitenden Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, Studierenden, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Lehrkräften aus allen Bildungsbereichen als auch die Kooperation innerhalb Europas auf allen Ebenen des Bildungssystems ein wesentlicher Beitrag im Prozess der europäischen Integration.

Auch die wirtschaftliche Dynamik der EU gründet auf einem leistungsfähigen und innovativen europäischen Bildungsraum. Um diesen zu schaffen, müssen Unvereinbarkeiten und Kohärenzprobleme zwischen mittlerweile 25 Bildungssystemen innerhalb der Europäischen Union verringert und baldmöglichst beseitigt werden. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben im Jahr 2000 die Lissabon-Strategie beschlossen, mit der die EU zum wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt werden soll. Einer ihrer zentralen Bestandteile ist die Zusammenarbeit und die Förderung konkreter Initiativen im Bereich der Bildungspolitik. Auch die beiden bisher vorgelegten Fortschrittsberichte zur Lissabon-Strategie betonen die nachhaltige Wirkung von Bildungsinitiativen im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens auf die Innovations- und die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt sowie auf die Teilhabechancen und die Beschäftigungsfähigkeit jedes und jeder Einzelnen.

Als Beitrag zur Erreichung der Lissabon-Ziele hat der EU-Bildungsministerrat im Februar 2002 ein bis 2010 reichendes gemeinsames Arbeitsprogramm zu ins-

gesamt 13 bildungspolitischen Zielsetzungen beschlossen. Übergeordnete strategische Leitziele sind:

- Die Erhöhung der Qualität der Bildungssysteme,
- ein leichterer Zugang zur Bildung für alle,
- die Öffnung der europäischen Bildungssysteme gegenüber der Welt.

Zu den wichtigsten Instrumenten der europäischen Bildungszusammenarbeit haben sich seit ihrem Start in den 90er Jahren die europäischen Bildungsprogramme entwickelt. Kernstück sind die Programme SOKRATES (allgemeine Bildung, u. a. mit dem Teilprogramm für Hochschulbildung ERASMUS) und LEONARDO DA VINCI (Berufsbildung). Sie unterstützen die europaweite Mobilität von Lehrenden und Lernenden aller Altersstufen, fördern die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen aus verschiedenen europäischen Ländern, geben Anstoß zu Innovationen und zur Internationalisierung in den nationalen Bildungssystemen und haben dem Bologna-Prozess für die Hochschulen und dem Kopenhagen-Maastricht-Prozess für die verstärkte Zusammenarbeit in der Berufsbildung den Weg bereitet. Sie sind damit die Keimzelle des europäischen Bildungsraumes.

Von den europäischen Bildungsprogrammen profitieren nicht nur Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende, sondern auch unser Bildungssystem insgesamt. Die Bildungsprogramme werden zunehmend zu einem Motor für Bildungsinnovationen und flankieren die nationale Bildungsreformpolitik.

Als größter Beitragszahler der Europäischen Union trägt Deutschland maßgeblich zum Erfolg der europäischen Bildungsprogramme bei, profitiert im Gegenzug selbst aber auch am meisten von den im Rahmen dieser Programme stattfindenden Maßnahmen. Über die gesamte bisherige Programmlaufzeit von 1994 bis 2006 werden voraussichtlich knapp 800 Mio. Euro aus diesen Programmen nach Deutschland geflossen sein und viele Tausend Bildungsbeteiligte davon profitiert haben:

- SOKRATES/ERASMUS gibt jährlich über 20 000 Studierenden aus Deutschland die Möglichkeit, im Ausland zu studieren und unterstützt die Umsetzung der im Bologna-Prozess gefassten Beschlüsse an deutschen Hochschulen. Stichworte sind: neue Bachelor- und Master-Studiengänge, Einführung des Europäischen Kreditpunktesystems ECTS, Qualitätssicherung.
- LEONARDO DA VINCI gibt jährlich rd. 10 000 Auszubildenden aus Deutschland die Möglichkeit, einen Ausbildungsabschnitt im Ausland zu absolvieren.
- Seit dem Jahr 2000 wurden im Rahmen von LEONARDO DA VINCI rd. 170 innovative Projekte unter deutscher Leitung gefördert, die der Modernisierung und Europäisierung der Berufsbildung wichtige Impulse gegeben haben.
- In der Nutzung von SOKRATES/GRUNDTVIG für die Erwachsenenbildung ist Deutschland „Nummer 1“ in Europa. Rund ein Viertel der Projektmittel geht an Bildungseinrichtungen in Deutschland und trägt dort zur dringend notwendigen Weiterentwicklung und Europäisierung des Bildungsangebots bei.
- Durch COMENIUS haben ca. 3 000 deutsche Schulen Partnerschulen in der EU gefunden.

Mit Ablauf des Jahres 2006 endet die zweite Programmphase der europäischen Bildungsprogramme. Bei der Vorbereitung der neuen Programmgeneration steht

die Europäische Union vor drei Herausforderungen, die eine Weiterentwicklung des Zuschnitts und der Zielrichtung der Programme nötig machen:

– die Notwendigkeit einer Art nachholenden Entwicklung mit Blick auf die neu beigetretenen EU-Mitgliedstaaten,
– die im Zuge der Globalisierung wachsende Bedeutung von Mobilität und Kooperation im Bereich der Bildung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, die durch die zentrale Rolle von Bildung und lebensbegleitendem Lernen im Rahmen der Lissabon-Strategie unterstrichen wird, und
– die stetig wachsende und durch die bisherigen Programmvolumina nicht zu befriedigende Nachfrage nach den Angeboten der EU-Bildungsprogramme.

Die Vorbereitungen für die Weiterentwicklung der europäischen Bildungsprogramme und deren Fortführung ab 2007 haben mit Vorlage der Mitteilung der Europäischen Kommission über „Die neue Generation von Programmen im Bereich allgemeine und berufliche Bildung“ im März 2004 ihren offiziellen Anfang genommen. Seit Juli 2004 liegt auch der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein „Integriertes Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens“ vor. Dieser sieht vor, dass SOKRATES und LEONARDO DA VINCI ab 2007 in dem Programm für „Lebenslanges Lernen“ (Laufzeit 2007 bis 2013) zusammengeführt werden. Auf dem Bildungsministerrat im Februar 2006 wiesen die Minister nochmals auf die Schlüsselstellung von Bildung und Ausbildung für Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt hin. Die seit 2002 gemachten Fortschritte werden anerkannt, aber weitere Maßnahmen zur stärkeren Verankerung von Strategien des „Lebenslangen Lernens“ werden als genauso notwendig erachtet wie höhere Investitionen in Bildung und Weiterbildung und eine engere Zusammenarbeit aller Bildungsakteure.

Innerhalb des Programms für „Lebenslanges Lernen“ sieht die Europäische Kommission vier bildungsbereichsbezogene Teilprogramme vor: COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), LEONARDO DA VINCI (Berufsbildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung). Ergänzt werden diese Einzelprogramme durch ein sog. Querschnittsprogramm mit den Schwerpunktaktivitäten politische Zusammenarbeit und Innovation in Bezug auf „Lebenslanges Lernen“, Förderung des Sprachenlernens, Entwicklung des IKT-gestützten Lernens, Verbreitung und Nutzung von Ergebnissen.

Im Rahmen der Aktion JEAN MONNET soll ein Schwerpunkt auf die europäische Integration gelegt werden. Der Kommissionsvorschlag sieht eine deutliche Zunahme der dezentralisierten Mobilitätsaktionen für einzelne Bürger sowie Partnerschaften zwischen Institutionen vor.

Die Finanzausstattung des neuen Programms „Lebenslanges Lernen“ steht derzeit noch nicht fest, da sie von der Einigung über den gesamten neuen EU-Finanzrahmen 2007 bis 2013 abhängt. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag sieht einen erheblichen Aufwuchs der Mittel bei der Ausstattung des Gesamtprogramms auf 13,62 Mrd. Euro vor (Laufzeit 2007 bis 2013), was einer Aufstockung der jährlichen Mittel von derzeit ca. 650 Mio. Euro auf knapp 2 Mrd. Euro entspräche. Auf dem Dezember-Gipfel 2005 haben sich die Staats- und Regierungschefs für den gesamten mehrjährigen EU-Finanzrahmen nun auf eine Ausgabenobergrenze von 1,045 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder 862 Mrd. Euro für den Zeitraum 2007 bis 2013 geeinigt, wobei für die Rubrik 1a „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit“, aus der auch das Bildungsprogramm finanziert werden wird, Maximalausgaben in Höhe von insgesamt 72 Mrd. Euro vorgesehen sind. Damit liegt die Ausgabengrenze deutlich unter dem Vorschlag der EU-Kommission. Welcher Anteil dieser Summe auf das Bildungsprogramm entfallen wird, ist derzeit noch offen.

Eine deutliche Steigerung der Mittel ist aber unerlässlich, wenn die Europäische Union einerseits, wie in der Lissabon-Agenda vereinbart, bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum werden will und andererseits den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Mitgliedstaaten im selben Maße Mobilitätsförderung im Bildungsbereich zu Gute kommen soll wie bisher in den alten Mitgliedstaaten. Deswegen unterstützt der Deutsche Bundestag die Forderung des Europäischen Parlaments, die Mittel für Bildung und Forschung deutlich zu erhöhen.

Der Kommissionsentwurf für das „Integrierte Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens“ muss aber auch inhaltlich weiterentwickelt werden. Der Deutsche Bundestag sieht vor allem den Bedarf, das Prinzip des „Lebenslangen Lernens“ in der neuen Programmgeneration stärker zu verankern, die Programmverwaltung zu dezentralisieren und zu vereinfachen, den Kommissionsvorschlag zu präzisieren und einige zusätzliche Akzente zu setzen.

II. Der Bundestag begrüßt

- das bisherige Engagement von Bund und Ländern in Kooperation mit allen Akteuren des Bildungssystems für eine stärkere Internationalisierung des Bildungswesens in Deutschland, z. B. über gemeinsame Marketingaktivitäten, verbesserte gesetzliche Voraussetzungen für den Zuzug ausländischer Lernender und Lehrender, Maßnahmen zur Förderung des Austausches und der Mobilität in- und ausländischer Studierender und Auszubildender, die die europäischen Bildungsprogramme sinnvoll ergänzen;
- das hohe Engagement und die intensive Beteiligung von Lehrenden und Lernenden, Schulen, Hochschulen, Betrieben und anderen Bildungseinrichtungen und -institutionen an den europäischen Bildungsprogrammen, die den Prozess der Europäisierung und Internationalisierung des deutschen Bildungswesens zusätzlich befördern;
- das Bemühen der EU-Kommission, über eine Bündelung und Integration der europäischen Bildungsprogramme zu klareren, transparenteren und effektiveren Förderstrukturen zu kommen;
- das Bestreben der EU-Kommission, über eine dezentrale Organisation der Programme zu einer engeren Einbindung der Mitgliedstaaten zu kommen;
- das Vorhaben der EU-Kommission, klare quantitative Zielvorgaben bei den Mobilitätszahlen für die neuen EU-Bildungsprogramme zu formulieren. Zu den primären quantitativen Zielen des integrierten Aktionsprogramms „Lebenslanges Lernen“ gehören:
  - die Teilnahme jedes 20. Schülers am Programm COMENIUS bis 2013,
  - mindestens 3 Millionen ERASMUS-Studierende bis 2011,
  - 150 000 LEONARDO-Praktika pro Jahr bis 2013 und
  - mindestens 25 000 GRUNDTVIG-Mobilitätsaktivitäten pro Jahr bis 2013;
- die Bestrebungen der EU-Kommission, das europäische Engagement bei der Förderung von Mobilität und Austausch deutlich zu verstärken und hierfür das Finanzvolumen für die neuen EU-Bildungsprogramme auf rd. 13 Mrd. Euro zu erhöhen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung und die Bundesländer auf,

- sich auf europäischer Ebene nachdrücklich für einen Ausbau der EU-Bildungsprogramme und für eine Fortentwicklung der Programmstrukturen ein-

zusetzen, die geeignet ist, möglichst optimale Effekte der europäischen Bildungsförderung zu erreichen.

Dazu gehören

– das Bestehen auf einer deutlich verbesserten Finanzausstattung der neuen EU-Bildungsprogramme, die sowohl die notwendige nachholende Entwicklung der neuen Mitgliedstaaten ermöglicht als auch weitere Impulse und eine Verbreiterung des Angebotes insgesamt trägt;

– die weitere Entbürokratisierung der Antragsverfahren, um die Teilnahme an Mobilitäts- und Austauschmaßnahmen zu erleichtern;

– ein Ausbau der bildungspolitischen Zusammenarbeit in der EU im Bereich der vorschulischen Bildung, der sich insbesondere im Programm COMENIUS niederschlagen muss. Ziel muss es sein, dass auch Kindertagesstätten und Erzieherinnen und Erzieher ausreichend am Programm beteiligt werden. Ein regelmäßiger Austausch von Erfahrungen und Forschungsergebnissen im Elementarbereich und verstärkte Mobilitätsaktivitäten von Erzieherinnen und Erziehern können nicht nur zur Entwicklung des europäischen Bürgersinns von früh an beitragen, sondern auch die Entwicklung des Bildungsauftrags im Elementarbereich insgesamt verstärken;

– eine stärkere Förderung der Mobilität von Lehrerinnen und Lehrern an allgemeinbildenden Schulen im Rahmen von COMENIUS. Analog zur Zielvorgabe für die Mobilität von Schülerinnen und Schülern sollte eine konkrete quantitative Zielvorgabe für die Teilnahme des Lehrpersonals an Schulen in die Programmkonzeption mit aufgenommen werden. Mindestens jeder 20. Lehrer sollte an Maßnahmen im Rahmen der EU-Bildungsprogramme teilnehmen;

– eine weitere Öffnung der Lehrer-Austauschprogramme über den Sprachlehreraustausch hinaus auch für Lehrerinnen und Lehrer anderer Fächer und eine Verbreiterung und ausgewogene Verteilung auf möglichst alle EU-Mitgliedstaaten;

– eine Steigerung der Mobilität von Lehrenden im Hochschulbereich über das Programm ERASMUS, insbesondere zu den neuen EU-Ländern hin;

– eine stärkere Förderung des Austauschs über das ERASMUS-Programm: Mindestens jeder 10. Studierende sollte daran teilnehmen;

– die deutliche Steigerung der seit 10 Jahren nicht mehr erhöhten ERASMUS-Stipendiensätze zur Vermeidung sozialer Ungerechtigkeiten;

– die europaweite Möglichkeit zur Mitnahme der im eigenen Land gewährten Darlehen und Beihilfen bei Studien- und Ausbildungsaufenthalten im Ausland etwa nach dem Vorbild des BAföG in Deutschland;

– eine verbesserte wechselseitige Transparenz und Anrechnung von Teilqualifikationen und eine Intensivierung der Bemühungen um eine bessere Vergleichbarkeit der beruflichen Qualifikationen (durch den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) sowie durch Kredittransfersysteme in der Hochschul- und der beruflichen Bildung – ECTS und ECVET);

– die grundsätzliche Forderung nach der besseren Integration der allgemeinen und beruflichen Bildung und deren Einbindung in die Regelprogramme;

– die stärkere Förderung individueller Mobilität im Bereich der Berufsbildung und damit die verstärkte Unterstützung der Möglichkeit, Teile der dualen Berufsausbildung im Ausland durchführen zu können, durch das Programm LEONARDO DA VINCI;

- ein klarer Vorrang für die Mobilität von Lehrenden sowie Ausbilderinnen und Ausbildern im Rahmen des Erwachsenenbildungsprogramms GRUNDTVIG und in der beruflichen Weiterbildung im Rahmen des Programms LEONARDO DA VINCI, um einen Beitrag zum Aufbau eines europäischen Netzwerks von Weiterbildungsträgern zu leisten;
- die Verankerung einer selbständigen Aktion „Förderung des Lebensbegleitenden Lernens“ im Rahmen der geplanten programmübergreifenden Aktivitäten. Ziel sollte es sein, Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um eine höhere Durchlässigkeit und bessere Verzahnung der verschiedenen Bildungsbereiche zu fördern;
- die stärkere Berücksichtigung der neuen EU-Staaten bei der institutionellen Förderung von Einrichtungen der europäischen Bildungspolitik im Rahmen des Programms JEAN MONNET;
- die Unterstützung der bruchlosen Fortführung des erfolgreichen TEMPUS-Programms mit Erweiterung auf den Berufsbildungsbereich im Rahmen der neuen EU-Außenhilfeinstrumente ab 2007;
- die Entwicklung eines allgemeinen Europa-Bildungs-Labels, mit dem besonders europaengagierte und -geeignete Institutionen bezüglich ihrer Beteiligung an den EU-Bildungsprogrammen und an anderen EU-Aktivitäten im Bildungsbereich ausgezeichnet werden;
- die Etablierung eines Verbundes von EU-Bildungsforschungsinstituten, welche die verschiedenen Evaluierungsstudien der Mobilitäts- und Integrationsmaßnahmen im Rahmen der EU-Bildungsprogramme bündeln und bewerten;
- die regelmäßige Vorlage eines umfassenden, konsistenten Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur Entwicklung von Mobilität und Austausch im Bildungswesen innerhalb der EU und zum Stand der EU-Bildungsprogramme.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung und die Bundesländer zudem auf,

- auf nationaler Ebene zu einer weiteren Europäisierung und Internationalisierung des Bildungswesens beizutragen.

  Dazu gehören

  - eine weitere Verbesserung der Kooperation von Bund, Ländern und anderen Akteuren des Bildungswesens bei der Umsetzung der auf europäischer Ebene vereinbarten Programme im Bildungswesen. Die vorgesehene Reform des Föderalismus muss dahin gehend korrigiert werden, dass sie solche Zusammenarbeit nicht erschwert oder gar unmöglich macht, sondern erleichtert;
  - eine Verstärkung der Aufklärung über die Möglichkeiten der europäischen Bildungsprogramme und die Werbung für eine Beteiligung hieran;
  - die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Teilnahme von Lehrenden aus anderen EU-Ländern am Bildungswesen in Deutschland. Dazu gehört auch die Erleichterung der rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern aus den anderen EU-Ländern an deutschen Schulen;
  - die Möglichkeiten des neuen Berufsbildungsgesetzes hinsichtlich der Maßnahmen zur Teilnahme an Ausbildungsprogrammen im EU-Ausland aktiv umzusetzen;

– eine Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen allgemeinen, beruflichen und hochschulischen Bildungsgängen;
– die weitere aktive Mitwirkung von Bund und Ländern an den europäischen Prozessen zur Transparenz und Vergleichbarkeit im Bildungswesen in Europa;
– die Ausweitung des Angebotes an Bildungseinrichtungen mit einer europäischen Ausrichtung bzw. einem speziellen Europa-Profil (z. B. Europaschulen);
– die Aufnahme der europäischen Dimension in die regelmäßige Bildungsberichterstattung, wie sie auf nationaler Ebene zwischen Bund und Ländern vereinbart worden ist;
– eine Verstärkung des deutschen Hochschulmarketing in den EU-Mitgliedsländern und darüber hinaus, um die Mobilität von Studierenden zu erhöhen und die Europäisierung und Internationalisierung des deutschen Hochschulstandorts weiter voranzubringen.

Berlin, den 8. März 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333